



Bewegte Zeiten

BLZK und KZVB beim Koordinierungstreffen der Länderpressereferenten in Naumburg/Saale

Am 4. und 5. November trafen sich die Presse- und Öffentlichkeitsreferenten der Länder im mittelalterlichen Städtchen Naumburg an der Saale, um sich einem heißen Eisen zu widmen: „Bürokratie-wahnsinn in der zahnärztlichen Hygiene – Herausforderung für die zahnärztliche Öffentlichkeitsarbeit“. BLZK und KZVB berichten.

Zufrieden äußerte sich Dr. Dr. Jürgen Weitkamp, Präsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), über die dank Stil, Seriosität und Transparenz erreichte Glaubwürdigkeit zahnärztlicher Standespolitik. Dies sei nicht zuletzt auch gerade wieder auf dem einige Tage zuvor in Berlin veranstalteten Deutschen Zahnärztetag deutlich geworden. Positiv äußerte er sich auch über das Zusammenspiel von Wissenschaft und Standespolitik. Er kündigte an, die Zahnärzteschaft werde sich weiter als Verhandlungspartner positionieren nach dem Motto: „Hart im Kern und verbindlich in der Form“. Weniger verbindlich wurde sein Ton, als Weitkamp auf das Hauptthema des Referententreffens vorgriff und besorgt äußerte, Zahnärzte würden willkürlichen Praxisbegehungen ausgeliefert. Das Robert-Koch-Institut (RKI) beschäftige sich mit Hygienevorschriften in der Zahnarztpraxis und setze dabei die Hygienestandards von Krankenhäusern an. Eine klare Absage erteilte Weitkamp der Einführung eines Bachelor-Abschlusses in der Zahnmedizin. Er warnte außerdem vor Gefahren, die dem Zahnarzt durch Einführung der elektronischen Gesundheitskarte drohen. Weitkamp: „Sie wird kommen, wir müssen nur aufpassen, dass wir keine Blessuren davontragen.“ Der Datenschutz sei bei diesem gigantischen IT-Projekt unbedingt einzuhalten. „Außerdem wollen wir, die wir als Zahnärzte am wenigsten Nutzen von der elektronischen Gesundheitskarte haben, nicht über Gebühr dafür zur Kasse gebeten werden“, so

Weitkamp. Sehr skeptisch sehe er die Entwicklung der GOZ-Novellierung, positiv bewertete er hingegen die Zukunftschancen der Kammern in der EU. Zur Positionierung des Berufsstandes stellte der BZÄK-Präsident klar: „Wir Zahnärzte sind eine Wertegemeinschaft, wir kennen keine Diskriminierung, wir praktizieren die Gleichstellung, wir sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Mit dem Pfund müssen wir wuchern!“

Pressearbeit Zahn um Zahn

Dr. Jürgen Fedderwitz, Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), berichtete von der KZBV-Pressekonferenz Anfang November, bei der er seine Evaluierung der Festzuschüsse präsentiert hatte. Am gleichen Tag hatten die Krankenkassen die Pressekonferenz mit eigenen Zahlen und Interpretationen öffentlichkeitswirksam konterkariert. „Pressearbeit ist nicht nur eine gute konstruktive sondern auch eine gute destruktive Arbeit“, kommentierte Fedderwitz den Schachzug der Kassen.

Positivthemen für die Öffentlichkeit

BZÄK-Vizepräsident Dr. Dietmar Oesterreich hob in seinem Resümee der BZÄK-Öffentlichkeitsarbeit die Prävention als Erfolgsmodell der Zahnärzteschaft und geeignetes PR-Thema hervor. Auch zahnärztliche Hilfsprojekte finden laut Dr. Oesterreich zunehmend Beachtung. Über das soziale Engagement der Zahnärztinnen und Zahnärzte national wie international gelte es, künftig vermehrt zu berichten und dieses Thema in der Öffentlichkeitsarbeit zu verankern.

In der anschließenden Länderstunde kritisierte der Pressesprecher und Vorstandsreferent der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Josef-Maximilian Sobek, der Bürokratie-wahnsinn sei mit dem Medizin-Produkte-Gesetz (MPG) institutionalisiert. Er schlage sich in zahlreichen unangekündigten, „im Stile der Inquisition durchgeführten“ Praxisbege-



hungen nieder. Nordrhein-Westfalen wolle 40.000 Unternehmen danach überprüfen lassen, ob sie ihre Betreiberpflichten erfüllen. Bis dato seien 36 Arzt- und Zahnarztpraxen inspiziert worden. Kostenfaktor für die Praxen: rund 2.500 Euro plus mehrere Arbeitstage für Vorgespräche, Begehungen und Nachbereitung.

„Fehlt nur noch, dass der Zahnarzt am Behandlungsstuhl seine Approbation mitführen muss“, karikierte *Michael Krone*, BZÄK-Abteilungsleiter Zahnärztliche Berufsausübung, die „Hygiene-Paranoia der Behörden“ in seinem Vortrag über Sinn und Unsinn von Checklisten. Er kündigte an, dass die BZÄK die Vorschriften der Behörden sehr kritisch prüfen und im Sinne der Zahnärzteschaft interpretieren werde.

Hygiene-Richtlinien auf dem Prüfstand

Prof. Dr. Jürgen Becker, Direktor der Poliklinik für Zahnärztliche Chirurgie der Universität Düsseldorf, berichtete über seine Arbeit als Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Anforderungen an die Hygiene in der Zahnmedizin“. Die Arbeitsgruppe habe die gesamte Zahnmedizin unter dem Gesichtspunkt der Risikobewertung hinterfragt und die Richtlinien des RKI überprüft. Hintergrund sei, dass das RKI ohne Beratung durch die Zahnärzteschaft Hygieneanforderungen in der Zahnarztpraxis erarbeitet und in die Form von Vorschriften gegossen habe, die auf Standards der Krankenhaushygiene basieren. Während andere europäische Staaten diese Richtlinien bereits umsetzen, habe Deutschland nun die Chance, die Sonderrolle der Zahnmedizin zu definieren. Für Februar 2006 kündigte Becker die Veröffentlichung seiner Stellungnahme an. Er ließ durchblicken, dass er die Vorgaben des RKI für überzogen hält. In vielen Bereichen stehe nicht der Zahnarzt sondern die Industrie in der Verantwortung für Deklaration und Aufklärung. Becker stimmte vorsichtig optimistisch, dass die Richtlinien nicht nach Plan umgesetzt werden und den Praxen massive finanzielle Belastungen erspart bleiben könnten.

PR-Praxis

Aus dem Bürokratiedschungel ins weite Feld der Presselandschaft führte *Helmut Ahrens*,



Foto: Nover

Prof. Dr. Jürgen Becker, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Anforderungen an die Hygiene in der Zahnmedizin“ nimmt die RKI-Richtlinien kritisch unter die Lupe.

Chefredakteur beim Zahnärzteblatt Rheinland-Pfalz, das Auditorium. Die Bundesdruckerei drucke jährlich einen 8,4 Meter hohen Stapel Verordnungen. „Das kann niemand lesen und umsetzen. Nun sind wir aber Deutsche und wir setzen das um.“ An deutschen Küsten seien unzählige Kontrollboote unterwegs, um die Lochgröße in Fischernetzen mit dem Lineal nachzumessen. Angesichts der zunehmenden „Boulevardisierung“ der Medien bewertete Ahrens das Übersetzen von Vorschriften als wichtige Aufgabe in der Öffentlichkeitsarbeit.

In der abschließenden Diskussion äußerten mehrere Länderpressereferenten den Wunsch, mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit Patienten zu Zahnarztbesuchen zu mobilisieren, zumal sich der Patientenrückgang in diesem Jahr zu einem gravierenden Problem entwickle. Vorgeschlagen wurde auch ein verstärkter Austausch zwischen den Pressestellen der Länder. Einzelne Teilnehmer stellten auch ihre Kampagnen vor: Die KZV Nordrhein hatte mit Leserzirkelaufklebern „Bonus sichern“ für den Zahnarztbesuch geworben, und acht KZVen unter Federführung der KZV Bayerns, hatten per Hörfunk mit ihrem „Bonuslächeln“ gestrahlt.

Ulrike Nover,
Juliika Sandt